

Telefon: 0 233-48709
Telefax: 0 233-48761
Telefon: 0 233-47782
Telefax: 0 233-47705

Sozialreferat
S-R-SP
**Referat für Gesundheit
und Umwelt**
RGU-UW 13

Erste Ergebnisse der Schwerpunktbefragung zur sozialen und gesundheitlichen Lage

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 06753

1 Anlage

Bekanntgabe in der gemeinsamen Sitzung des Sozialausschusses und des Gesundheitsausschusses vom 22.09.2016

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

1. Ausgangslage

Mit Beschluss der Vollversammlung vom 30.09.2015 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 02432) wurden das Sozialreferat und das Referat für Gesundheit und Umwelt gemeinsam beauftragt, unter Einbezug des Statistischen Amtes und des Referates für Arbeit und Wirtschaft eine Schwerpunktbefragung zur sozialen und gesundheitlichen Lage durchzuführen.

Mit der vorliegenden Bekanntgabe werden dem Stadtrat in einem ersten, kurzen Bericht die wichtigsten Ergebnisse dieser Befragung vorgestellt (siehe Anlage). Dieser Kurzbericht wird nach Bekanntgabe im Stadtrat auch im Internet zum Download bereitgestellt.

Die tiefergehenden Analysen und Interpretationen der Fachexpertinnen und -experten aus den beteiligten Referaten werden als Beiträge in der 'Münchner Statistik' des Statistischen Amtes noch dieses Jahr veröffentlicht. Zudem stellen die Ergebnisse der Befragung eine wichtige Grundlage des Münchner Armutsberichts 2017 dar, der im Herbst 2017 dem Stadtrat vorgelegt werden soll. Darüber hinaus werden die beteiligten Referate je nach Bedarf noch weitere, eigene Veröffentlichungen erarbeiten.

Die Vorbereitung und Auswertung der Befragung wurde durch eine Projektgruppe vorgenommen, in der das Sozialreferat, das Referat für Gesundheit und Umwelt, das Referat für Arbeit und Wirtschaft und das Statistische Amt eng kooperieren. Dadurch wurde einerseits eine zeitnahe Veröffentlichung der Daten möglich, da die - in der Regel zeitraubenden - Abstimmungsprozesse mit einem Verkaufstragsnehmer entfielen. Andererseits ist auf diese Weise eine statistische Auswertung der Daten möglich, die den städtischen Bedarfen besser entspricht, da alle Beteiligten in ihren Arbeitsbereichen über langjährige fachliche und methodische Erfahrung verfügen und entsprechend praxisbezogene Schwerpunkte bei der Auswertung setzen können.

2. Durchführung der Befragung

Fragebogen

In der Befragung wurden die Münchnerinnen und Münchner zu sozioökonomischen Merkmalen und zu ihren Einschätzungen und Meinungen zu wichtigen aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Themen befragt. Der Gesundheitszustand und das Gesundheits- und Umweltverhalten der Befragten wurden ebenfalls erfasst. Der Fragebogen umfasste 78 Fragen auf 14 Seiten. Der Fragebogenentwurf wurde vorab mit der Frauengleichstellungsstelle, der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen und der Stelle für interkulturelle Arbeit abgesprochen. Diese haben über das Statistische Amt auch die Möglichkeit, spezifische Auswertungen zu konzipieren und zu erhalten. Die vorliegenden Ergebnisse wurden mit den genannten Stellen abgestimmt.

Stichprobe

Zielgruppe der Befragung waren alle Münchnerinnen und Münchner, die ihren Hauptwohnsitz in München haben, und zum Zeitpunkt der Stichprobenziehung mindestens 18 Jahre alt waren. Aus den für diesen Zweck freigegebenen Daten des Kreisverwaltungsreferates wurde eine Zufallsstichprobe von 16.000 Personen gezogen. Die Repräsentativität dieser Stichprobe ist durch die große Fallzahl bereits naheliegend; die Überprüfung auf Standardmerkmale wie Geschlecht, Alter, Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, größte Nationengruppen und räumliche Verteilung bestätigte darüber hinaus die Güte der Zufallsauswahl.

Die zufällig ausgewählten 16.000 Bürgerinnen und Bürger wurden im Februar 2016 postalisch angeschrieben. Alternativ zum beiliegenden Papierfragebogen konnte die Befragung auch im Internet ausgefüllt werden. 3 % der Fragebögen waren postalisch nicht zustellbar. Insgesamt haben 3.706 Personen an der Befragung teilgenommen, was einem Rücklauf von 23 % entspricht. Dabei nahmen mehr Frauen (55,7 %) als Männer (44,3 %) an der Befragung teil. Der Anteil der nicht-deutschen Befragten liegt bei 10,5 %. Ältere und Personen mit höheren Bildungsabschlüssen sind in der realisierten Stichprobe überrepräsentiert. Diese Effekte sind für multithematische, kommunale Bürgerbefragungen typisch, und entsprechen somit in etwa den Ergebnissen vergleichbarer Umfragen (z.B. in Stuttgart).

Auf eine nachträgliche Gewichtung zum Angleichen der realisierten Ergebnisse an die Randverteilung in der Bevölkerung wird verzichtet, u.a. weil sie methodisch diskutabel ist. Der Analyseschwerpunkt dieser Befragung liegt weniger auf der Generierung globaler, aggregierter Einzelkennwerte, sondern auf der Detailanalyse der Unterschiede und Zusammenhänge der einzelnen Themen und Gruppen.

Mit der Durchführung der Befragung war das Statistische Amt betraut, lediglich der Druck und Versand und die Erfassung der schriftlichen Fragebögen wurden an externe Firmen vergeben.

3. Ergebnisse

Lebenszufriedenheit

Der größte Teil der Befragten fühlt sich in München wohl. 61 % beantworten die Frage 'Wie wohl fühlen Sie sich alles in allem in München?' mit sehr wohl, nur 0,3 % der Befragten geben hier an, sich in München gar nicht wohl zu fühlen.

Betrachtet man die Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation, so sind - bei einer insgesamt sehr hohen Zufriedenheit - doch Unterschiede zwischen verschiedenen Lebensbereichen festzustellen. Am unzufriedensten sind die Befragten mit ihrer finanziellen Situation, mit der 23 % der Befragten unzufrieden sind (26 % der Frauen und 20 % der Männer), gefolgt von ihrer Nachbarschaft, ihren Arbeitsbedingungen und der eigenen Wohnung mit jeweils 14 % der Befragten, die damit unzufrieden sind. Alles in allem mit ihrem Leben sind 6 % unzufrieden.

Gesundheitszustand

24 % der befragten Münchnerinnen und Münchner schätzen ihren Gesundheitszustand als sehr gut ein, weitere 53 % als gut. 19 % geben bei dieser Frage an, er sei mittelmäßig und 4 % bzw. 1 % erachten ihn als schlecht bzw. sehr schlecht¹. Nach Geschlecht und Migrationshintergrund ergeben sich keine signifikanten Unterschiede im Hinblick auf den subjektiven Gesundheitszustand. Dagegen liegen signifikante Unterschiede nach Altersgruppen, Behinderungsstatus und Einkommensgruppen vor.

Konkret nach spezifischen Erkrankungen gefragt (wobei mehrere Erkrankungen angegeben werden konnten), zeigt sich, dass Störungen des Blutdrucks mit 24 % am häufigsten genannt werden. Es folgen Allergien mit 19 %, Arthrose/degenerative Gelenkerkrankungen mit 15 %, erhöhtes Cholesterin bzw. Rückenschmerzen mit jeweils 14 %. Psychische Erkrankungen und das Vorliegen eines Diabetes geben jeweils 6 % der Befragten an und bei 5 % liegt eine Krebserkrankung vor.

Umweltbedingungen und -belastungen

In der Befragung wurden verschiedene Fragen zu Umweltbedingungen und -belastungen gestellt. Beispielhaft werden hier die Einschätzungen zu Lärmquellen, die innerhalb der Wohnung wahrgenommen werden sowie Einschätzungen zu Hitzebelastungen an heißen Sommertagen dargestellt.

¹ Im Text können sich bei Angaben zur prozentualen Häufigkeit Rundungsfehler ergeben. D.h. die Summe der einzelnen Prozentwerte ergibt in einzelnen Fällen nicht exakt 100 %.

Am stärksten (stark/sehr stark) beeinträchtigt fühlen sich die Befragten in ihrer Wohnung durch Straßenverkehr (12 %) und Nachbarinnen und Nachbarn (7 %), weiterhin durch Kinderlärm (4 %), Trambahn/U-Bahn/Zugverkehr (3 %), Gaststätten/Diskotheken bzw. Industrie/Gewerbe (jeweils 2 %) und Flugverkehr (1 %).

30 % der Befragten leiden stark unter den heißen Tagen im Sommer. 69 % genießen die heißen Sommer². Einen Mangel an Sitzplätzen im Schatten in öffentlichen Parks und an Plätzen benennen insgesamt 25 %. 30 % der Befragten gelingt es nicht, im Schlafzimmer eine angenehme Schlaftemperatur herzustellen. Ein besseres Angebot an Trinkwasserbrunnen an öffentlichen Plätzen erachten 63 % als sinnvoll.

Einstellungen zu Gesundheit und Umwelt

Im Zuge der Befragung wurden die Befragten um persönliche Einschätzungen zu den Themen Gesundheit und Umwelt gebeten. Es wurden verschiedene Aussagen vorgegeben, für die die Befragten den Grad ihrer Zustimmung angeben sollten.

96 % der Befragten sind der Überzeugung, dass sie ihre Gesundheit durch eine gesunde Lebensweise beeinflussen können. 87 % achten sehr auf ihre Gesundheit. 25 % haben Angst, sozial abzurutschen. Die persönliche Zukunft sehen 84 % optimistisch, während 16 % dies nicht so sehen.

Ebenso wurden Einstellungen zu Umweltthemen erhoben.

58 % achten darauf, dass ihre Lebensmittel aus ökologischem Anbau sind. 75 % sind bereit, für umweltfreundliche Produkte mehr Geld auszugeben. 86 % der befragten Münchnerinnen und Münchner machen sich Sorgen, welche Umweltprobleme auf zukünftige Generationen zukommen werden. 70 % sind davon überzeugt, dass die Umwelt nur gerettet werden kann, wenn weniger konsumiert wird. 77 % gehen nicht davon aus, dass Wissenschaft und Technik die Umweltprobleme lösen werden, ohne dass die eigene Lebensweise verändert werden muss. 71 % geben an, dass München so umgestaltet werden sollte, dass der Einzelne kaum noch auf ein Auto angewiesen ist.

Einstellungen gegenüber verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen

Ein Themenschwerpunkt der Befragung lag auf den Einstellungen von Münchnerinnen und Münchnern zu verschiedenen sozialen Gruppen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Es zeigt sich zunächst überwiegend eine tolerante Haltung gegenüber verschiedenen Gruppen, die hier zusammenfassend als 'Andere' bezeichnet werden (Migrantinnen und Migranten sowie Menschen unterschiedlichen Glaubens). Über 70 % der Befragten finden, dass eine Vielfalt von Religionen gut für München ist, 66 % stimmen der Aussage zu, dass Migrantinnen und Migranten das Leben in der Stadt bereichern.

² Wenn nicht anders vermerkt, wurden in der Regel die Antwortkategorien trifft voll zu/trifft eher zu sowie trifft eher nicht zu/trifft gar nicht zu zusammengefasst.

Die Mehrheit der Befragten befürwortet die Unterstützung von Langzeitarbeitslosen bei ihrer beruflichen Wiedereingliederung. Allerdings sieht jeweils knapp die Hälfte der Befragten vor dem Hintergrund des guten Münchner Arbeitsmarktes die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit bei den Betroffenen bzw. spricht sich für Leistungskürzungen bei lang anhaltender Arbeitslosigkeit aus.

In Bezug auf Flüchtlinge zeigt sich eine differenzierte Haltung der Befragten zu den in München untergebrachten Flüchtlingen. Zwar stimmen 78 % der Befragten der Aussage zu, sie wären stolz wie die Münchnerinnen und Münchner die Flüchtlinge aufgenommen haben, gleichzeitig sind aber nur 39 % der Befragten der Meinung, München könne die Aufnahme weiterer Flüchtlinge verkraften. Zwei Drittel der Befragten stimmen der Aussage zu, in ihrer Heimat verfolgte Flüchtlinge sollten bald ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten und über 90 % denken, Flüchtlinge sollen schnell eine Arbeitserlaubnis erhalten, damit sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können. Mehr als die Hälfte der Befragten stimmt der Aussage zu, die starke Zuwanderung stelle eine Gefahr für die hier geltenden Werte dar.

Wirtschaftliche Situation der Befragten

Etwa 12 % der Befragten haben keine Angabe zur Höhe des Haushaltseinkommens gemacht, es liegen hierzu Angaben von 3.251 Befragten vor. Das mittlere Einkommen der Befragten (Median³) liegt bei 3.300 € im Monat. D.h. die Hälfte der Befragten lebt in Haushalten, die über weniger als 3.300 € verfügen und die Hälfte in solchen, deren Einkommen darüber liegt.

Das Haushaltseinkommen ist nur ein erster Anhaltspunkt für die wirtschaftliche Lage der Haushalte - relevant für die Bestimmung einer relativen Einkommensposition ist die Zusammensetzung des Haushaltes. Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und die Haushaltszusammensetzung vergleichbar zu machen, wird das sog. „Nettoäquivalenzeinkommen“ berechnet. Mithilfe einer Äquivalenzskala (hier nach der OECD Skala⁴) werden die Haushaltsnettoeinkommen nach Haushaltsgröße und Zusammensetzung gewichtet, da der finanzielle Bedarf in Mehrpersonenhaushalten aufgrund gemeinsamer Nutzung von Wohnraum und Haushaltsgeräten nicht proportional mit der Anzahl der Personen steigt.

3 Der Median ist der Wert, der die Verteilung in zwei gleich große Gruppen teilt; dieser wird bei der Betrachtung von Einkommen herangezogen, da sich hier Ausreißer in der Verteilung (hier: sehr hohe oder sehr niedrige Einkommen) nicht auswirken, wie dies beim arithmetischen Mittel (Mittelwert) der Fall ist.

4 Mit dieser sog. „modifizierten“ OECD-Skala wird jeder ersten Person im Haushalt ein Bedarfsgewicht von 1,0, jedem zweiten Erwachsenen und Jugendlichen ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind unter 14 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0,3 zugeordnet. **Beispiel:** Eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern im Alter von 13 und 4 Jahren; die beiden Erwachsenen verdienen zusammen 3.400 Euro netto pro Monat, für die Kinder erhält die Familie monatlich insgesamt 368 Euro Kindergeld. Zusammen verfügt die Familie über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von 3.768 Euro. Laut der modifizierten OECD-Skala wird der/dem ersten Erwachsenen das Bedarfsgewicht 1,0, der/dem zweiten Erwachsenen das Bedarfsgewicht 0,5 und den Kindern jeweils das Bedarfsgewicht von 0,3 zugeordnet: die Summe der Gewichtungsfaktoren ist 2,1. Das Haushaltsnettoeinkommen von 3.768 Euro monatlich wird durch 2,1 dividiert und ergibt ein gewichtetes „Pro-Kopf-Einkommen“ in Höhe von 1.794 Euro. Damit liegt die Familie unter dem mittleren „Pro-Kopf-Einkommen“ von 2.250 Euro.

Das Nettoäquivalenzeinkommen konnte für 3.116 der Befragten berechnet werden⁵. Das mittlere Nettoäquivalenzeinkommen (Median) liegt bei 2.250 €, damit liegt die Armutsrisikoschwelle bei 1.350 €⁶.

17 % der Befragten leben in armen Haushalten, 9 % in reichen Haushalten. Den höchsten Anteil haben Befragte, die in Haushalten der unteren Mitte leben (49 %).

Im Mittel geben die Haushalte, in denen die Befragten leben, 32,5 % des Haushaltseinkommens für Miete bzw. die Tilgung/Zinsen für selbst bewohnte Immobilien aus. Hier zeigen sich deutliche Unterschiede nach Einkommensposition des Haushaltes: Während 45 % der armen Haushalte eine Mietbelastungsquote von über 50 % haben sind dies bei den reichen Haushalten nur 1 %. Entsprechend kommen Mietbelastungsquoten von weniger als 10 % bei 38 % der reichen und 2 % der armen Haushalte vor.

72 % der Befragten können in der Regel monatlich einen gewissen Betrag sparen oder zurücklegen, etwa für größere Anschaffungen, für Notlagen oder zur Vermögensbildung. Für 30 % der befragten Frauen und 25,5 % der befragten Männer ist dies nicht möglich.

85 % der Befragten waren während der letzten fünf Jahre nie, 3 % weniger als einen Monat, 6 % ein bis sechs Monate, 3 % sieben bis zwölf Monate, 1 % ein bis zwei Jahre und 2 % mehr als zwei Jahre arbeitslos bzw. arbeitssuchend.

Befragte mit Migrationshintergrund waren in der Vergangenheit deutlich häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. 12 % der deutschen Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund waren während der letzten fünf Jahre arbeitslos oder arbeitssuchend, bei den Deutschen mit Migrationshintergrund beträgt dieser Anteil 20 % und bei den Ausländerinnen und Ausländern sogar 26 %. Die stark erhöhte Betroffenheit von Arbeitslosigkeit nach Migrationshintergrund kann über alle Qualifikationsstufen hinweg beobachtet werden.

4. Ausblick

Für den Münchner Armutsbericht 2017 werden differenzierte Analysen zu Einkommen, Arbeitslosigkeit und insbesondere Zusammenhänge zwischen sozialer und gesundheitlicher Situation durchgeführt. Zudem werden die EU-Deprivationsindikatoren, soweit möglich, für München dargestellt, die genauer aufzeigen, worauf arme Haushalte aus finanziellen Gründen verzichten (müssen).

5 Zur Berechnung des Nettoäquivalenzeinkommens werden sowohl die Angaben zum Einkommen als auch zur Haushaltszusammensetzung benötigt.

6 Arme Haushalte verfügen über ein Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 60 % des Einkommensmedians, Haushalte der unteren Mitte über 60 % bis unter 120 %, der oberen Mitte 120 % bis unter 200 % und reiche Haushalte über mehr als 200 % des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens.

Bereits die ersten, knappen Analysen lassen erkennen, dass die Befragung, insbesondere nach Durchführung weiterer, differenzierter Auswertungen vielfältige Ansatzpunkte für konkrete Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit und Umwelt liefern kann, z.B. im Hinblick auf Gesundheitsförderung, Prävention und die Ausgestaltung von gesundheitsbezogenen Versorgungsstrukturen sowie von Umweltgerechtigkeit und Anpassung an den Klimawandel.

In den weiteren Veröffentlichungen werden deshalb standardmäßig Analysen nach den Kategorien Geschlecht, Migrationshintergrund, Altersgruppen, Einkommensgruppen und Behinderungsstatus erfolgen. Außerdem sind Analysen zur hausärztlichen Versorgung ('Walkability') unter Einbezug geographischer Methoden (im Sinne einer integrierten Gesundheits- und Umweltberichterstattung bzw. 'health geography') geplant.

Darüber hinaus werden die Ergebnisse in weitere Veröffentlichungen der beteiligten Referate einfließen oder auf wissenschaftlichen Fachtagungen vorgetragen werden.

Abstimmung mit anderen Referaten und Stellen

Die Bekanntgabe ist mit der Frauengleichstellungsstelle, der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen, dem Referat für Arbeit und Wirtschaft, dem Direktorium-Statistisches Amt, dem Sozialreferat/Stelle für interkulturelle Arbeit und dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung abgestimmt.

Der Korreferentin, Frau Stadträtin Krieger, dem Korreferenten, Herrn Stadtrat Müller, der Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Heide Rieke, der Stadtkämmerei, der Frauengleichstellungsstelle, der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen, dem Referat für Arbeit und Wirtschaft, dem Kreisverwaltungsreferat, dem Referat für Gesundheit und Umwelt, dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung, dem Direktorium/Statistisches Amt und dem Sozialreferat/Stelle für interkulturelle Arbeit ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Bekannt gegeben

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München
Sozialausschuss
Gesundheitsausschuss

Die Vorsitzende

Die Referentin

Die Referentin

Christine Strobl
Bürgermeisterin

Dorothee Schiwy
Berufsm. Stadträtin

Stephanie Jacobs
Berufsm. Stadträtin

III. Abdruck von I. mit II.

über den Stenographischen Sitzungsdienst
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt
z.K.

IV. Wv. Sozialreferat

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An das Sozialreferat, S-III-MI/IK**

An die Frauengleichstellungsstelle

An das Kreisverwaltungsreferat

An das Referat für Arbeit und Wirtschaft

An das Referat für Gesundheit und Umwelt, RGU-UW13

An die Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen

An das Direktorium – Statistisches Amt

An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung

An das Sozialreferat, S-I-L

z.K.

Am

I.A.